

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplans 2026

a. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026

b. Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Wasserversorgung 2026

c. Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke 2026

d. Finanzplan mit Investitionsprogramm 2027 bis 2029

Redetext von Frau Bürgermeisterin Susanne Widmaier und Herrn Stadtkämmerer Rainer Fahrner zur Einbringung des Haushaltsplans 2026 in der Sitzung des Gemeinderats am 08. Dezember 2025 (es gilt das gesprochene Wort).

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026

Bürgermeisterin Susanne Widmaier

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

wir erleben zurzeit eine wirtschaftlich wie politisch unruhige Welt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die immer unberechenbarere Handelspolitik der US-Regierung und weitere geopolitische Spannungen setzen unsere exportstarke Wirtschaft massiv unter Druck. Die Folgen treffen uns in der Region Stuttgart hart. Besonders betroffen ist die Automobilindustrie mit ihren Zulieferern – und damit auch unsere Stadt mit ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Der Wettbewerbsdruck steigt, Produktionsketten geraten ins Wanken, und Unternehmen prüfen zunehmend, ob Deutschland für sie noch ein verlässlicher Standort ist. Das Resultat sind Investitionszurückhaltung, Standortverlagerungen ins Ausland und ein Abbau von Arbeitsplätzen in Dimensionen, die wir uns vor wenigen Jahren kaum vorstellen konnten.

Dieser Blick über den Tellerrand unserer Stadt hinaus ist wichtig, da jeder kommunale Haushalt nur im Kontext der gesamtwirtschaftlichen Lage beurteilt und verstanden werden kann. Wie schon 2025 wird auch das Haushaltsjahr 2026 finanziell wie auch gesellschaftlich herausfordernd.

Der gesetzliche Anspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte ab dem ersten Geburtstag hat in den vergangenen Jahren erhebliche Investitionen in neue Kitas erforderlich gemacht. Diese Gebäude und Einrichtungen belasten unseren Haushalt dauerhaft durch Abschreibungen und laufende Betriebskosten, auch wenn wir uns für die Familien über die Betreuung sehr freuen.

Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab September 2026 kommt die nächste große Pflichtaufgabe für die Städte und Gemeinden hinzu. Der Neubau, den wir dafür anstoßen, ist notwendig – aber er wird unsere städtischen Finanzen zusätzlich langfristig binden und beanspruchen.

Eine gute pädagogische Betreuung für unsere Kinder halte ich selbst für sehr wichtig und unabdingbar. Das Beispiel soll veranschaulichen, dass die zunehmende Aufgabenlast für die Kommunen die finanziellen Möglichkeiten einer Stadt wie Rutesheim stark einschränken.

Wie im Vorjahr können wir auch für 2026 keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Die Gründe dafür liegen klar auf der Hand – und waren in Teilen bereits absehbar. Dies ist nicht überraschend, aber ernüchternd.

Die außerordentlich hohen Gewerbesteuerereinnahmen 2024 haben unsere Steuerkraft ansteigen lassen – und damit auch die Umlagen, die wir nun an Land und Landkreis abführen müssen. Das paradoxe Ergebnis davon ist, dass die Rekordjahre von gestern heute zu Rekordbelastungen führen.

Gleichzeitig geht die Gewerbesteuer 2026 spürbar zurück. Die „fetten Jahre“ sind vorbei und der Finanzausgleich wirkt nun zuvor. Die Folge ist ein negativer Haushalt, der deutlich schlechter ausfällt als vergangenes Jahr prognostiziert.

Das ist kein Versagen der Haushaltsführung, sondern eine Konsequenz aus:

- sinkenden Einnahmen,
- stark steigenden Umlagen,
- und hohen gesetzlichen Verpflichtungen.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen zeigt sich die solide Finanzpolitik der vergangenen Jahre nun als Stärke.

Die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg erhalten insgesamt 8,7 Milliarden Euro aus den 100 Milliarden Euro Sondervermögen vom Bund zur Finanzierung von Investitionen in die Infrastruktur. Verteilt werden die Mittel unter den Gemeinden nach dem Verteilungsschlüssel für die Investitionspauschale, also um die Steuerkraftsumme bereinigte Einwohnerzahlen der Jahre 2023 und 2024. Über einen Zeitraum von zwölf Jahren erhält Rutesheim insgesamt rd. 6,8 Mio. Euro aus dem schuldenfinanzierten Sondervermögen.

Über die Verwendung der Mittel entscheiden wir gemeinsam, wenn die genauen Regelungen dazu veröffentlicht wurden. Im Haushalt 2026 sowie im Finanzplanungszeitraum 2027 bis 2029 sind diese zugesagten Mittel bisher nicht eingeplant.

Wie jedes Jahr haben Verwaltung und Gemeinderat gemeinsam in einer Haushaltsklausur alle geplanten Investitionen und Beschaffungen intensiv besprochen, kritisch hinterfragt und Maßnahmen priorisiert.

Die Investitionsschwerpunkte des nächsten Jahres sind:

- Modernisierung der **Kläranlage** durch Umstellung auf anaerobe Schlammstabilisierung – ein großer, notwendiger und innovativer Schritt in die Zukunft. Ziel ist es, Energie aus dem Faulgas zu gewinnen und die Klärschlammmenge zu reduzieren. Dadurch soll der Stromverbrauch und die anfallende Klärschlammmenge reduziert werden, wodurch Unterhaltungskosten gesenkt werden. Die Maßnahme wurde vom Land gefördert und das Projekt wissenschaftlich begleitet.
- **Neubau** eines **Horts** in der **Hindenburgstraße**. Ab Januar soll das alte Lehrerwohngebäude abgerissen werden und neue Räume für die

Ganztagesbetreuung von Grundschulkindern geschaffen werden. Zusätzlich entstehen im Dachgeschoss drei Wohnungen.

- **Anschluss** von **städtischen Gebäuden** an die neue **Nahwärmeversorgung** der Stadtwerke, insbesondere die Schulen und Sporthallen werden nach Inbetriebnahme der Heizzentrale ab nächstem Jahr mit klimafreundlicher Nahwärme beheizt.
- Umfassende **Sanierung** der **Robert-Bosch-Straße**, kombiniert mit dem Ausbau der Nahwärme-Infrastruktur sowie Erneuerung von Kanälen und Leitungen.
- Fortführung der **Erschließung** des **Gewerbegebiets „Gebersheimer Weg“**
- **Erwerb** von **Grundstücken** zur Schaffung von neuem Wohnraum in den „Krautgärten“ in Perouse und im Bereich „Spissen II“ sowie im „Heuweg Nord“. Dabei gilt: Wir werden nicht alles gleichzeitig entwickeln, sondern Schritt für Schritt – verantwortungsvoll und bedarfsgerecht.
- **Sanierung** mehrerer **Kanäle** gemäß Sanierungsplan.
- **Barrierefreier Umbau** verschiedener **Bushaltestellen**, um unsere Stadt auch für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen besser zugänglich zu machen.

Alles wichtige und gut überlegte Investitionen die wir in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben.

Die weiteren Erläuterungen zur Haushalts- und Finanzplanung 2026 wird Ihnen nun Herr Fahrner vorstellen.

Stadtkämmerer Rainer Fahrner:

Sehr geehrte Gemeinderätinnen, sehr geehrte Gemeinderäte, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Widmaier, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, wir stehen heute und in der kommenden Sitzungsrunde vor der Aufgabe, den Haushalt für das Jahr 2026 zu beraten und zu verabschieden. Ein Haushalt, der uns vor deutlich größere Herausforderungen stellt, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Noch vor Kurzem konnten wir auf außergewöhnlich gute Gewerbesteuerereinnahmen blicken. Die Jahre 2023 und 2024 waren Rekordjahre für unsere Stadt.

Frau Bürgermeisterin Widmaier hat zu Beginn bereits die schwierigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen erläutert, unter denen wir heute den Entwurf des Haushaltsplans 2026 vorlegen. Leider wird es uns auch im kommenden Haushaltsjahr nicht möglich sein, den Ergebnishaushalt auszugleichen – eine Entwicklung, die sich bereits in der Finanzplanung des vergangenen Jahres angedeutet hat.

Der kommunale Finanzausgleich dient dazu, Einnahmenunterschiede zwischen finanzstärkeren und finanzschwächeren Kommunen auszugleichen. Schwankungen bei der Gewerbesteuer wirken daher besonders stark - sowohl positiv als auch negativ - und beeinflussen maßgeblich unsere Spielräume bei Investitionen und laufenden Ausgaben.

Ergebnishaushalt 2026

Für das Jahr 2026 prognostizieren wir Erträge in Höhe von rund 41,2 Mio. Euro – das entspricht rund 100.000 Euro mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig steigen die Aufwendungen von 48,3 Mio. Euro auf 49,6 Mio. Euro, ein Plus von rund 1,3 Mio. Euro. Dies führt zu einem negativen ordentlichen Ergebnis von 8,4 Mio. Euro. Bereits 2025 konnten die Abschreibungen nicht erwirtschaftet werden; das Minus aus 2025 wird voraussichtlich sogar nochmals größer ausfallen.

Ab 2027 gehen wir wieder von einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt und einer vollständigen Deckung der Abschreibungen aus.

Die Erträge bleiben insgesamt stabil bei rund 41,2 Mio. Euro. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage rechnen wir mit einem deutlichen Rückgang der Gewerbesteuer und reduzieren den Haushaltsansatz gegenüber 2025 um 2,0 Mio. Euro.

Im noch laufenden Haushaltsjahr war die eigene Steuerkraft Rutesheims über dem vom Land festgelegten Steuerbedarf. Aufgrund dieser hohen Steuerkraft erhält die Stadt im laufenden Jahr keine Schlüsselzuweisungen. Ab 2026 sind dafür wieder 595.000 Euro eingeplant. Da in 2026 die Steuerkraftmesszahl sinkt und gleichzeitig die Bedarfsmesszahl steigt, erhält die Stadt wieder Schlüsselzuweisungen. Zum Vergleich: In den Jahren 2020 bis 2024 erhielt die Stadt durchschnittlich 4,1 Mio. Euro jährlich Schlüsselzuweisungen. Hohe Steuereinnahmen bedeuten - zeitverzögert - zwei Jahre später geringere Zuweisungen. Für das Jahr 2025 betrugen die Schlüsselzuweisungen 0 Euro. Wie bereits erwähnt, werden im Jahr 2026 insgesamt 595.000 Euro erwartet. Für 2027 rechnet die Stadt mit 3,0 Mio. Euro, für 2028 mit 3,7 Mio. Euro und für 2029 mit 3,5 Mio. Euro.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer rechnen wir aufgrund der Steuerschätzung vom Oktober 2025, ab dem neuen Jahr mit einer Verbesserung um 487.000 Euro. 10,4 Mio. Euro werden in vier Raten auf das Konto der Stadt überwiesen.

Für Verwaltungsdienstleistungen und die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen sind rund 6,5 Mio. Euro Gebühreneinnahmen eingeplant. Ein Plus von rund 502.000 Euro gegenüber dem Vorjahr. Die neu kalkulierte Abwassergebühr ist hier eingerechnet.

Teilweise können so die geringeren Gewerbesteuereinnahmen kompensiert werden. Gegenüber dem aktuellen Haushaltsplan steigen die Aufwendungen zusätzlich um 1,3 Mio. Euro auf 49,6 Mio. Euro.

Die Personalaufwendungen erhöhen sich um 900.000 Euro auf insgesamt 16,4 Mio. Euro. Etwa die Hälfte entfällt auf Tarifsteigerungen, die andere Hälfte auf die Schaffung zusätzlicher Stellen bzw. Stellenanteile.

Für Sach- und Dienstleistungen werden 9,6 Mio. Euro benötigt. Darunter fallen unter anderem die Energie- und Unterhaltungskosten, IT-Ausstattung, Mieten, Lehrmittel und der Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände. Für die Unterhaltung der Gebäude und Infrastruktur sind 2,4 Mio. Euro vorgesehen, darunter:

- die Modernisierung von Heizungsverteilern und der Mess- Steuer- und Regeltechnik im Schulzentrum und den Sporthallen

- der Austausch der Trennvorhänge in der Sporthalle Bühl I
- eine Deckensanierung im Kindergarten Robert-Bosch-Straße
- die Erneuerung der Notbeleuchtung im Pflegeheim Widdumhof
- die Sanierung von Klassenzimmern in den Schulen
- die Erneuerung der Verglasung in den Sitzungssälen des Rathauses

Die Transferaufwendungen liegen bei 17,5 Mio. Euro und machen damit fast 35 % der Aufwendungen im Ergebnishaushalt aus. Die Umlagenbelastung ist gegenüber dem Vorjahr nochmals gestiegen und mit fast 59 % hoch wie seit 15 Jahren nicht mehr. Zwischen 2011 und 2024 lag diese Belastung bei durchschnittlich 39 %.

Grundlage für die Berechnung der Finanzausgleichsumlage und der Kreisumlage bilden die Steuerkraftsumme sowie der speziell für die 1.101 Städte und Gemeinden im Land erstellten Haushaltserlass mit den Orientierungsdaten für die kommunale Haushalts- und Finanzplanung. Die Steuerkraftsumme basiert auf den tatsächlich verbuchten Steuereinnahmen des Jahres 2024. Gegenüber der bereits im Vorjahr außergewöhnlich hohen Steuerkraftsumme ist dieser statistische Wert nochmals angestiegen.

Insgesamt müssen rund 6,6 Mio. Euro Finanzausgleichsumlage an das Land abgeführt werden, mehr als je zuvor.

Der Hebesatz für die Kreisumlage steigt laut Entwurf des Landkreishaushaltsplanes um 1,4 % auf 35,9 % an. Auch diese Transferaufwendung ist auf dem Höchststand. Sie wird ebenfalls abhängig von der Steuerkraftsumme berechnet. Mit einem Betrag von 9,7 Mio. Euro macht die Kreisumlage 20 % aller Aufwendungen im Ergebnishaushalt aus. Bezogen auf die Einwohnerzahlen bezahlen im kommenden Jahr nur die Einwohner von Weissach, Sindelfingen und Böblingen mehr Kreisumlage an den Landkreis als die Bürgerinnen und Bürger aus Rutesheim.

Wie bereits geschildert, kann der Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen werden. Die Abschreibungen können laut Planung nicht erwirtschaftet werden. Das Defizit im Ergebnishaushalt beträgt 8,4 Mio. Euro. Zum Glück konnte in den Vorjahren eine beträchtliche Ergebnismrücklage gebildet werden, so dass die Fehlbeträge aus den Jahren 2025 und 2026 ausgeglichen werden können.

Aufgrund der geschilderten Finanzlage ergibt sich im Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen ein Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit von rund 5,1 Mio. Euro. Diese Summe muss zusätzlich zum Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeiten dem Geldvermögen der Stadt entnommen werden.

Investitionsprogramm 2026

Auch im kommenden Jahr ist das Investitionsprogramm wieder sehr umfangreich – insgesamt 22,8 Mio. Euro sind dafür vorgesehen. Davon entfallen 38 % (8,6 Mio. Euro) auf den Erwerb und die Erschließung von Grundstücken. Investitionsfördermaßnahmen sind mit 493.000 Euro (2 %) eingeplant, während für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen rund 440.000 Euro (2 %) vorgesehen sind. Für den Eigenbetrieb Wasserversorgung sind Finanzierungsmittel in Höhe von fast 1,0 Mio. Euro eingestellt. Dies entspricht 4 % der Investitionssumme. Die verbleibenden 54 % (12,2 Mio. Euro) entfallen auf geplante Baumaßnahmen.

Schwerpunkte der Investitionsausgaben hat Frau Bürgermeisterin Widmaier bereits genannt. Neben vielen kleineren Projekten möchte ich folgende Vorhaben hervorheben:

- Aus- und Umbau Kläranlage
- Neubau für den Hort in der Hindenburgstraße
- Umfassende Sanierung der Robert-Bosch-Straße
- Grunderwerb für die Erschließung neuer Baugebiete

Die Investitionsauszahlungen können zu 85 % durch Einnahmen gedeckt werden. Das sind im Wesentlichen Verkaufs- und Grundstückserlöse, Investitionszuschüsse und Beiträge sowie Einnahmen aus der Tilgung von Inneren Darlehen. Die Finanzierung der umfangreichen Investitionen ist dieses Jahr mehr denn je abhängig von den Grundstückserlösen. 15,9 Mio. Euro sind dafür laut Plan vorgesehen. Unterschiedliche Gründe führten zu Verschiebungen so dass im laufenden Haushaltsjahr eingeplante Grundstückserlöse noch nicht fließen werden und diese neu eingestellt wurden.

Die geplanten Verkaufserlöse stammen aus verschiedenen Projekten, wie dem Gewerbegebiet „Gebersheimer Weg“, dem Wohngebiet „Bosch-Areal“ sowie die lang erwarteten Nachzahlungen für das Gewerbegebiet „Schertlenswald Süd“. Darüber hinaus ist der Verkauf von zwei städtischen Gebäuden vorgesehen.

Die zur Deckung der Investitionsausgaben fehlenden 14 % müssen zusammen mit dem negativen Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt, dem Geldvermögen entnommen werden. Somit verringern sich die liquiden Mittel um 8,5 Mio. Euro. Nach heutiger Kassenlage ist davon auszugehen, dass zum Ende des kommenden Jahres noch rund 6,9 Mio. Euro Geldmittel zur Verfügung stehen.

Aber dies ist nur möglich, wenn die erheblichen Grundstückserlöse im Jahr 2026 verwirklicht werden und die Grundstücke verkauft werden können. Sollten nicht alle Grundstückserlöse in 2026 eingehen oder sich die Investitionsausgaben deutlich verteuern, besteht die Gefahr, dass die Zahlungsfähigkeit der Stadt zum Ende des kommenden Jahres kurzfristig nicht ausreicht. Im „worst case“ benötigt die Stadtkasse zum Ende des Jahres kurzfristig einen Kassenkredit, bis die Grundstückserlöse aus den vorhandenen und beschlossenen Baugebieten bei der Stadtkasse gebucht werden können. Dies ist abhängig vom Fortschritt der begonnenen Wohnbauprojekte und der Genehmigung von Fördermitteln für den geförderten Wohnungsbau.

Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2027 bis 2029

Gemäß der Gemeindeordnung muss zeitgleich mit dem Haushaltsplan die mittelfristige Finanzplanung erstellt werden. Die folgenden Erläuterungen beziehen sich auf die Jahre 2027, 2028 und 2029. Ziel ist es, einen Überblick über größere Zusammenhänge der städtischen Haushaltswirtschaft zu bekommen, um gegebenenfalls rechtzeitig steuernd eingreifen zu können.

Laut der vorliegenden Planung entspannt sich die Finanzsituation im Ergebnishaushalt in den Folgejahren. In allen Finanzplanungsjahren weist das ordentliche Ergebnis einen positiven Saldo aus.

Voraussetzung dafür ist eine stabile wirtschaftliche Entwicklung, dass die kommunalen Einnahmen und Steuereinnahmen wie prognostiziert eintreffen und sich die Wirtschaft

erholt. Unter diesen Bedingungen entstehen ab 2027 wieder Zahlungsmittelüberschüsse aus dem Ergebnishaushalt, die dann für Investitionen zur Verfügung stehen.

Auch im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum soll erheblich in die Infrastruktur der Stadt Rutesheim investiert werden. Priorität haben die Fortführung und Fertigstellung bereits begonnener Projekte und Maßnahmen. Besonders hervorzuheben sind:

- Fortführung des Umbaus der Kläranlage
- Neubau von Räumen für die Ganztagesbetreuung an der Schule
- Umgestaltung der Gebersheimer Straße im Rahmen der Ortskernsanierung
- Neubau von Kindertageseinrichtungen in der Scheibbser Straße und der Bahnhofstraße
- Erschließung von neuen Wohngebieten „Krautgärten“ in Perouse, „Spissen II“ und „Heuweg Nord“

Alle im Kernhaushalt der Stadt 2026 genannten konsumtiven und investiven Maßnahmen sind vollständig finanziert. Alles ist ohne Kreditaufnahmen möglich.

Soviel zum Haushaltsplan der Stadt im kommenden Jahr. Lassen Sie mich anschließend noch ein kurzes Wort zu den Eigenbetrieben Wasserversorgung und Stadtwerke Rutesheim sagen.

Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Wasserversorgung 2026

Der Erfolgsplan enthält Erträge von 1,27 Mio. Euro und Aufwendungen von 1,32 Mio. Euro, was zu einem planmäßigen Verlust in Höhe von 51.000 Euro führt.

Im Investitionsplan sind im Wirtschaftsjahr 2026 insgesamt 1,4 Mio. Euro veranschlagt. Diese sollen für den Bau von Wasserleitungen verwendet werden. Schwerpunktmäßig handelt es sich um den Ausbau einer Leitung in der Robert-Bosch-Straße, die einen größeren Querschnitt erhält, sowie um die Schlussfinanzierung der neuen Wasserleitung im Gewerbegebiet „Gebersheimer Weg“. Zuschüsse und Zuweisungen sind für diese Baumaßnahmen nicht zu erwarten, lediglich Wasserversorgungsbeiträge in Höhe von 374.000 Euro sind eingeplant.

Um die Investitionen im Eigenbetrieb zu finanzieren, ist eine Aufstockung des Eigenkapitals erforderlich. Außerdem müssen zusätzliche Kredite aufgenommen werden. Vorgesehen ist ein Inneres Darlehen von der Stadt in Höhe von 500.000 Euro. Trotz des Zuschusses aus dem Kernhaushalt der Stadt entsteht eine Finanzierungslücke, die durch einen Fremdkredit über 485.000 Euro gedeckt werden muss.

Für den Bezug und den Einkauf des Wassers müssen im nächsten Jahr voraussichtlich 782.000 Euro an den Zweckverband Renninger Wasserversorgungsgruppe bezahlt werden.

Es ist davon auszugehen, dass bei einer Kalkulation der Wassergebühren eine Gebührenerhöhung notwendig wird. Die Kosten für den Wasserbezug steigen kontinuierlich an.

Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Stadtwerke 2026

Im ersten Quartal 2026 soll die neu gebaute Heizzentrale in Betrieb gehen und die ersten Gebäude sowie das Schulzentrum beheizen. Im Erfolgsplan sind Erträge in Höhe von 500.000 Euro eingestellt. Gleichzeitig werden jedoch voraussichtlich Aufwendungen in Höhe von 1.006.500 Euro anfallen, sodass der Verlust für 2026 in Höhe von 506.000 Euro entsteht.

Die Gesamtausgaben für Investitionen betragen rund 2,5 Mio. Euro. Davon entfallen 1,2 Mio. Euro für den Neubau der Nahwärmeleitungen und 1,2 Mio. Euro für den Bau der Heizzentrale mit Wärmespeicher, Steuerungs- und Regeltechnik etc.

Für den Aufbau der Nahwärmeversorgung hat die Stadt vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) einen Förderbescheid über rund 4,2 Mio. Euro erhalten. Dieser Zuschuss wird in mehreren Jahresraten ausgezahlt. Für 2026 rechnen wir mit rund 1,5 Mio. Euro. Zudem werden im Jahr 2026 erste Einzahlungen für Grundstücksanschlüsse und Wärmeübergabestationen in Höhe von 1,3 Mio. Euro fällig. Gehen alle Einzahlungen wie vorgesehen im Haushaltsjahr 2026 ein, müssen dem Eigenbetrieb keine weiteren Finanzmittel aus dem städtischen Haushalt zugeführt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

Rutesheim steht weiterhin auf einer soliden finanziellen Basis. Doch diese Solidität ist kein Selbstläufer. Wir müssen sie gemeinsam aktiv bewahren und stärken. Wenn Verwaltung und Gemeinderat klug priorisieren, vorausschauend planen und geschlossen handeln, werden wir auch das finanziell angespannte Haushaltsjahr 2026 erfolgreich meistern.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Mein besonderer Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen im Rathaus, die an der Erstellung dieses Haushaltsplans mitgewirkt haben, insbesondere meinem Team in der Kämmerei und besonders meiner Stellvertreterin Julia Budach, die maßgeblich am Planwerk mitgewirkt hat.

Bürgermeisterin Susanne Widmaier:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie Sie sehen, setzen wir uns weiterhin tatkräftig dafür ein, das gemeinsame Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Unsere lebenswerte und innovative Stadt möchten wir gestalten, entwickeln und zukunftsfähig machen.

Mit diesen Zielen ist der Haushaltsplan für das Jahr 2026 eingebracht. Es folgen nun die detaillierten Beratungen, Aussprachen und die abschließende Beschlussfassung in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. Januar 2026. Dafür wünsche ich uns schon heute einen guten und konstruktiven Verlauf.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Fahrner und Frau Budach und dem Team der Kämmerei für die sorgfältige Aufstellung des Haushaltsplans sowie allen Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, die sich mit viel Engagement und Zeit an diesem wichtigen Projekt beteiligt haben.

Ich möchte auch Ihnen, den Damen und Herren des Gemeinderats, danken. Sie tragen mit Ihren Entscheidungen stets das Wohl unserer Stadt im Blick. Ebenso danke ich allen Bürgerinnen und Bürgern sowie allen Abgabepflichtigen für ihre Unterstützung bei der Erfüllung unserer vielfältigen Aufgaben – sei es durch aktive Mitwirkung oder die Zahlung von Steuern und Abgaben. Ihr Beitrag ist unverzichtbar für die Weiterentwicklung unserer Stadt.

Vielen Dank!